

gehört das ehemalige 1. Infanterie-Regiment Nr. 28 nach Prag zurück. Es werden große Eingangsfeierlichkeiten in Aussicht genommen. Bei den Demonstrationen auf dem Wenzelsplatz kam es zu großen Friedenskundgebungen, in deren Verlauf man rufen hörte: „Es lebe Estland!“ und vereinigt „Es lebe Lattwisch!“ Die Panzer und die Privatgeschäfte waren überall ihrer deutschen Elementen beraubt. In den Abendstunden kam es zu Kundgebungen. Vereingelte deutsche Geschäfte sollen zerstört worden sein. Auch die Räume des Prager Rathhauses wurden vom Mob ausgeplündert und vollständig ausgeplündert.

Graf Welde über das Sonderangebot.

Wien, 29. Oktober. Der deutsche Vorkämpfer Graf Welde äußerte sich über die österreichisch-ungarische Note: Wie aus der Note der deutschen Regierung an Wilson vom Sonntag zu ersehen ist, haben wir, nachdem auf sämtliche Fragen des Präsidenten eine blühende Antwort gegeben worden konnte, mitgeteilt, daß wir den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegenzogen. Daraus ergibt sich, daß wir an unserem Plan vom 6. Oktober folgerichtig festhalten. Wir streben ohne weiteres Plutbergieren einen Waffenstillstand mit anschließendem Frieden an. Um so mehr hat es uns überrascht, daß gestern ganz plötzlich der nunmehr erfolgte Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung, ohne daß wir über den Inhalt informiert worden waren, angekündigt wurde und wir dadurch vor eine ungeliebte Tatsache gestellt wurden. Der Schritt ist um so weniger verständlich, als aus keiner der bisherigen Erklärungen Wilsons die Absicht hervorging, daß er nur getrennt mit uns verhandeln wolle. Ich glaube, daß es auch im Interesse Österreichs gelegen wäre, wenn wir uns gemeinschaftlich an den Friedensschluß gesetzt hätten. Noch immer gilt das Wort: Einigkeit macht Kraft.

Die Lage in Deutsch-Böhmen.

Prag, 29. Oktober. Der tschechische Nationalismus erlitt eine Niederlage, in der er mitteilt, daß er die oberste Regierungsgewalt nicht nur in Böhmen, sondern auch in Deutsch-Böhmen übernommen habe. Er erließ gleichzeitig eine Verfassung mit fünf Artikeln. Diese wurde auch den Behörden in Deutsch-Böhmen überreicht, die jedoch keine Kenntnis nahmen. In Deutsch-Böhmen sind nach wie vor die tschechischen Soldaten in voller Geltung, es herrscht vollkommene Ruhe.

Für den Anschluß an Deutschland.

Wien, 29. Oktober. In Brünn fand eine Vertrauensmänner-Versammlung der deutschen Volksräte in Böhmen statt, die sich für den Anschluß Deutsch-Böhmen an das Deutsche Reich ausgesprochen und die deutsche Nationalversammlung in Wien eine Kundgebung einleitete, worin als deren erste Aufgabe die Herstellung einer dauernden staatsrechtlichen Verbindung mit dem Deutschen Reich bezeichnet und die Errichtung einer Provinz Deutsch-Böhmen verlangt wird. An den deutschen Reichskanzler wurde ein Telegramm geschickt, in dem dem unerwünschten Gefühl ungetreuer Gesinnung gegenüber mit den deutschen Stammesbrüdern Ausdruck verliehen und dem Volk und der Regierung des Deutschen Reiches versichert wird, daß Deutsch-Böhmen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes unbedingtem sein Schicksal mit dem des gesamten deutschen Volkes verbunden fühle.

Der Verfassungsentwurf der deutsch-österreichischen

Wien, 29. Oktober. Der vom Volksgaukschuß der deutsch-österreichischen Nationalversammlung beschlossene Verfassungsentwurf, der in der morgigen Sitzung der provisorischen Nationalversammlung unterbreitet werden wird, umfaßt 17 Paragraphen und bestimmt, daß vorbehaltlich des Beschlusses der konstituierenden Nationalversammlung einseitigen die oberste Staatsgewalt des Staates deutsch-österreichisch durch die provisorische Nationalversammlung ausgeübt werde. Der Volksgaukschuß, bestehend aus drei Präsidenten, 20 Mitgliedsräten und ebensoviele Ergänzungsmännern, wird die Bezeichnung „Staatsrat“ führen. Die drei Präsidenten vertreten den Staatsrat nach außen. Der Staatsrat führt die Geschäfte durch Bevollmächtigte. Jedem Bevollmächtigten, der nach dem Ministerverordnungsrechtlich beauftragt ist, wird ein Staatsamt unterstellt. Einmitten werden folgende Staatsämter eingerichtet: Reichs- und Obergericht, Innen-, Außen-, Finanz-, Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel, öffentliche Arbeiten, Verkehrswesen, Volkserziehung, soziale Fürsorge, Volksgesundheit, Krieg- und Hebungsmittelwesen. Der Staatsrat betraut einen der Staatssekretäre mit dem Vorherrscher der Staatsregierung, das ist der Gesamtheit der Staatssekretäre.

Wien, 29. Oktober. Der Volksgaukschuß der deutsch-österreichischen Nationalversammlung hat sich in Bernauung erklärt. In der morgigen Sitzung wird die Bildung des deutsch-österreichischen Staates ausgesprochen werden. Man glaubt, daß sämtliche Statthalter ihren Rücktritt einreichen werden.

Eine Note der Deutschen an Wilson.

Wien, 29. Oktober. Der Volksgaukschuß der deutsch-österreichischen Nationalversammlung beschloß, die an den Präsidenten Wilson zu richtende Note der morgigen Volksversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Note macht zunächst von der Anerkennung des deutsch-österreichischen Staates Mitteilung. Der deutsch-österreichische Staat verlangt, daß seine Vertreter als Vertreter eines selbständigen Staates zu den Friedensverhandlungen zugelassen werden und mit den Vertretern der anderen Nationen über die Bedingungen des Friedens verhandeln. Der Volksgaukschuß verpflichtet sich zur Annahme folgender Grundzüge: Herbeiführung der Anerkennung der tschechisch-slowakischen und südslawischen Nationen als vollkommen unabhängige Staaten. Die Note erklärt, es sei selbstverständlich, daß der neue deutsch-österreichische Staat auch deutsche Gebiete Rumäniens, Mährens und Schlesiens mit 2 1/2 Millionen Deutschen einschleße. Die Note schließt mit einem Appell an den Präsidenten, seine Autorität für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nationen einzusetzen, sowie dafür, daß sofortige allgemeine Waffenruhe auf den Fronten eintritt.

Die Waffenstillstandsbedingungen bereits eingetroffen?

Laut Reuters ist Deutschlands Antwort auf Wilsons letzte Note am Dienstagmorgen eingetroffen. Die deutsche Note bedeute nur eine Bestätigung der Mitteilung des Präsidenten

Abwehr-Erfolge.

wib. (Antik.) Großes Hauptquartier, den 29. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In der Ost-Riederung, zwischen der Ost- und der Schelde, bei Namur und Englefontaine wurden heftige Teilangriffe des Gegners abgewiesen. Das englische Feuer gegen die Forts bei Tournai und die Truppen der Schelde-Riederung forderte wiederum erhebliche Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Oise-Kanal schickten am frühen Morgen heftige feindliche Angriffe. Nach hartem Artilleriekampf nahm der Kronprinz zwischen Rippe Pointe und der Höhe unter Einwirkung zahlreicher Panzerwagen seine Angriffe wieder auf. Die in den schweren Kämpfen der letzten Tage bewährten Truppen der Flottille der Generale von Oberhardt und von Below haben auch gestern wieder einen vollen Erfolg in der Abwehr errungen. Sie schlugen den Feind auf der 18 Kilometer breiten Angriffsfront völlig zurück. In den Kämpfen am Nordrand von Klein-Luettich zeichneten sich das brandenburgische Leib-Grenadier-Regiment Nr. 8, östlich von Venoge das westfälische Infanterie-Regiment Nr. 53 und auf den Höhen des medienburgischen Pflücker-Regiment Nr. 90 besonders aus. Teile der Stellung nordwestlich von Verp, die vorübergehend verloren gingen, wurden im Gegenangriff wieder genommen. In den Abendstunden sich der Feind wiederholt zu heftigen Teilangriffen vor, die überall vor unseren Linien scheiterten. Der Feind hat gestern schwere Verluste erlitten; zahlreiche Panzerwagen wurden zerstört. Weiterer Kampf von Bouziers und östlich der Höhe zeitweilig Artilleriekampf.

Wir schossen gestern 27 feindliche Flugzeuge und sechs Hesselballone ab. Leutnant Doere errang in den letzten Tagen seinen 31. bis 34. Leutnant Kommando seines 30. Luftflieger. Der Chef des Generalstabes des Feldheeres.



Ohne die Größe der gemeinsamen Kräfte, die noch in unserer Volks vorhanden sind.

Auf dieses Wort des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden wird die 9. Kriegsanklage die Probe abgeben. Zeichne jeder nach bester Kraft

und erfordere keine Erwiderung. In offiziellen Kreisen werde erneut darauf hingewiesen, daß, nachdem Präsident Wilson die gekante Korrespondenz den Alliierten übermittelt hat, der nächste Schritt von Seiten der Mittkriegführenden im gemeinsamen Vorgehen erfolgen müsse.

Nach einer Genfer Meldung ist der Versailler Kriegsrat, dem die von Wilson übermittelte deutsche Note und seine Anträge seit Mittwoch vorliegen, sich bereits über die Bedingungen des Waffenstillstandes schlüssig geworden. Die Übermittlung sei eine Frage der nächsten Tage.

Nach der Volk. Stg. wurde die Ankunft der Waffenstillstandsbedingungen des Generals Koch in Berlin im Laufe der vergangenen Nacht erwartet. Sie dürften also inzwischen bereits in Berlin angelangt sein. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß gestern nachmittags das Kriegskabinett eine Sitzung abgehalten hat, in der noch weitergehende Folgen der Demokratisierung Deutschlands besprochen werden sollten. Wie die Volk. Stg. erfährt, hat die Sitzung selbst tatsächlich stattgefunden.

Die Chaubinsien-Presse in Frankreich und die Imperialisten-Presse in England überdient sich darin, die Staatsmänner der Entente dazu zu drängen, Forderungen demütigendster Art aufzustellen, die, wie die Germania sagt, nicht den deutschen Staat, sondern das deutsche Volk in seinen einzelnen Gliedern treffen sollen.

Der Vorwärts verweist auf Äußerungen der Times, die darauf hinauslaufen, daß zunächst von den Alliierten die allgemeinen Friedensbedingungen festgesetzt werden sollen und dann erst die Frage der Zustimmung zu einem Waffenstillstand in Betracht zu kommen.

Die nächsten Stunden müssen und aber die Antwort auf die Frage bringen, ob die Gegner des Menschenmordes aus reinem militärischen Ehrgeiz fortziehen wollen, oder ob drüber Vernunft und Menschlichkeit siegen.

Rühmann erster Friedensunterhändler?

Von gutunterrichteter Seite wird dem V.A. mitgeteilt, daß man in maßgebenden Stellen bestrebt, an die Spitze der von Deutschland zu den Friedensverhandlungen zu entsendenden Unterhändler den früheren Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn v. Rühmann, zu stellen.

Die türkischen Sonderverhandlungen.

Konstantinopel, 29. Oktober. Die Agentur Wili teilt die offizielle Aufnahme der Sonderverhandlungen der Türkei mit der Entente mit. Außer den schon gemeldeten geht es zu den Unterhändlern nach Generalstabchef der 3. Armee Labulak.

Tschirak-Witke bringt eine Unterredung mit dem Großvezir, wonach ein sofortiger Abschluß bevorsteht. Wahrscheinlich werden die Bedingungen leichter sein als für Bulgarien. Es werde keine militärische Besetzung von Konstantinopel oder sonstiger türkischer Gebiete stattfinden. — Jyret-Pasha begründet den Sondervertrag folgendermaßen: Nach dem Zusammenbruch Bulgariens unternehm die Türkei gemeinsam mit den Verbündeten den Friedensschritt. Dann war sie zu Sonderverhandlungen gezwungen, da Bulgarien vom Feinde befreit war. Die türkische Entente ist exponiert und Deutschland nicht imstande, die verproviantierte Versorgung zu leisten. Der Sondervertrag wurde dem deutschen und dem österreichisch-ungarischen Vorkämpfer mitgeteilt und von ihnen anerkannt. Suman bringt eine Unterredung mit Reich, dem politischen Direktor des Auswärtigen Amtes. Es erklärt, die Bedingungen

seien nur dem Staatsrat bekannt. Gewiß sei nur, daß sie leicht seien. — Jdam erklärt die letzten Bedingungen damit, daß der Angriff auf Konstantinopel doch keine Kleinigkeit für die Entente sei. — Dem Ohnen tritt einer Teutischenhege entgegen. Die Beschimpfung eines gemeinen Fremdes sei weder würdig, noch den türkischen Interessen dienlich. — Touna zeigt die brüchigste Karte des Großhändlers nach Amerika zwecks Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen an.

Berlin, 29. Oktober. Die Sonderverhandlungen der Türken haben an zwei Punkten eingiegt: in Vorn durch den türkischen Gesandten Selim Husud Bei und auf der Insel Rhodus durch Vermittlung des in türkischer Gefangenschaft befindlichen englischen Generals Townshend. Der ehemalige Oberbefehlshaber der englischen mesopotamischen Armee, der seit dem Fall von Mosul in türkischer Gefangenschaft weilte, wurde vor zehn Tagen in Freiheit gesetzt. Begleitet vom Vorn der Provinz Adin, Adani Bei, begab er sich in das englische Hauptquartier nach der in unmittelbarer Nähe des Hafens von Smyrna liegenden Insel Paros. In den letzten Tagen sind ihm dorthin der türkische Marine-Minister Bei Bei und der Unterstaatssekretär im Ministerium des Reiches Rechad Husud Bei nachgefolgt.

Die Rumänen marschieren nicht?

Ihr Dobrujscha-Schutz — eine Erfindung.

Berlin, 29. Oktober. Der V.A. schreibt: Die gestern verbreitete Meldung der Wiener Neuen Freien Presse, daß rumänische Truppen in die Dobrujscha eingedrungen seien, wird uns heute als erfunden bezeichnet. Es gibt zunächst noch als ziemlich unwahrscheinlich, daß die Rumänen militärische Aktionen ins Werk setzen werden, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß die Vorkämpfer in Valachie und jetzt auch in Ungarn unter den Rumänen lebhaftere Erregung bergehen haben. Vorläufig aber halten sie sich, äußerlich wenigstens, noch zurück, nicht zuletzt aus wohl deshalb, weil sie hoffen mögen, durch neue Verhandlungen mit der deutschen Regierung auf unblutigem Wege noch Zugeständnisse erreichen zu können.

Kempner gewählt.

Berlin, 29. Oktober. Bei der heutigen Reichstagswahl im ersten Berliner Wahlkreis wurden abgesehen für den Sozialdemokratischen Kandidaten (Herrn Dr. J. Kempner) 2007 Stimmen, für Heumann (soz. Volkspartei) 2234 Stimmen; Kempner ist somit gewählt.

Die Wahl Kempners war zu erwarten, nachdem die unabhängigen Stimmenwahlung proklamiert hatten. Das Verhalten der Unabhängigen war umso sinnvoller, als Kempner als entschiedener Kapitalisten- und Hausbesitzervertreter anzusprechen ist, gegen dessen Kandidatur auch von einem großen Teil seiner Parteigenossen heftiger Widerstand erhoben wurde.

Der Vorwärts schreibt: Das Ergebnis der Stichwahl zeigt gegenüber der Hauptwahl eine Steigerung der Wahlbeteiligung um etwa 150 Stimmen, deren größter Teil dem sozialdemokratischen Kandidaten zugute gekommen ist. Er konnte seine Stimmenzahl um etwa 500 vermehren, während sich die Stimmen des fortschrittlichen Kandidaten nur um etwa 200 steigerten.

Die Unabhängigen hatten, den Grundsatz in der Sozialdemokratie zu unheimlicher Selbstzerstückelung der Arbeiterklasse feigend, Stimmenhaltung proklamiert und damit den Sieg Kempners von vornherein gesichert. Wie die an anderer Stelle veröffentlichten Ergebnisse aus den einzelnen Wahlbezirken deutlich zeigen, hat jedoch ein großer Teil der Unabhängigen-Wähler diese unsinnige Parole nicht befolgt. Immerhin darf man nicht glauben, daß die 200 Stimmen, die an gestrigen Tage mehr für Heumann abgegeben wurden als bei der Hauptwahl, restlos mit den 600 Stimmen der Wähler-Wähler identisch sind. In ihnen finden vielmehr die Arbeiter, die die Sozialdemokratie ebenso wie die fortschrittliche Volkspartei noch aus den Reihen der Wählerwahl hervorgehoben hat.

Ein Teil der Unabhängigen hat früher die Stimmenhaltungspareole befolgt. Herr Kempner verdankt also kein Mandat in letzter Linie der treuen Hilfe der Unabhängigen, die sich damit ihres eines Erfolges bei einer Reichstagswahl rühmen können: Sie haben einen Abwachen Anhaltspunkt in den Reichstags und damit der erhabenen Parole Geltung verschafft: Es muß alles vernünftig sein.

Deutsches Reich.

15 Milliarden neue Kriegskredite. — Ein Gesetz entworfen über Elsaß-Lothringen.

Dem Reichskanzler wird demnächst neben dem Gesetz über einen neuen 15-Milliarden-Kredit, der noch nötig ist, auch ein Gesetz über die Unterbreitung von Kreditschulden, das die Voraussetzungen für eine taftkräftige Umgestaltung der Reichslande zu her eigenen Initiative der Elsaß-Lothringischen Landesvertretung schaffen soll.

Pressezentrale für Heimatdienst.

Die Frage, ob in der neuen Regierung nicht doch ein Reichspresseamt zu schaffen wäre, wird zur Zeit, wie der Reichskanzler mitteilt, nachdem sie anfangs zurückgestellt worden war, wieder erwogen, ohne daß der Plan bisher eine feste Gestalt angenommen hätte. Indessen hat man doch geglaubt, auf jeden Fall mit einer gewissen Aufklärung und Propagandaaufarbeit beginnen zu sollen, und man hat zu diesem Zweck der bereits bestehenden Zentrale für Heimatdienst noch andere Zweige für die Pressearbeit angegliedert. Die Oberleitung dieser Ausklärungsarbeit ist dem Staatssekretär Erzberger übernommen worden.

Erzberger Stellvertreter des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler hat, wie die Volkliche Zeitung hört, gestern eine Verfügung unterzeichnet, wonach der Staatssekretär Erzberger als Stellvertreter des Reichskanzlers mit der Kontrolle des Kriegsamts betraut wird.

Ausland.

Ungarn und Bürgerkrieg.

Stockholm, 29. Oktober. Trotz gutaussehender erste Heften in Ungarn die Ernährungschwierigkeiten weiter so stehen, da die Bauern sich weigern, das Getreide und die Lebensmittel anzuliefern. In vielen Orten der Gouvernements Komitat und Emolent werden wahre Schrecken herrschen. Die Bauern sind sehr gut bewaffnet und organisiert. Die Hungersnot alarmieren die ganze Nachbarzeit und betreiben die Revolutionen. Wenn sie unterliegen, dann werden sie die Dörfer in Brand aber die Lebensmittel geben sie nicht heraus.